

Andres Müller

Entfesselter Kapitalismus

und das Gesetz der ansteigenden Profitraten in einer globalkapitalistischen Welt

Teil 1

1 Die Globalisierung als Werkzeug des Imperialismus

Mit dem Zusammenbruch des Sowjet-Sozialismus Ende der 1980iger Jahre war auch das mit dem Kapitalismus konkurrierende System der Zentralverwaltungswirtschaft gescheitert. Jetzt konnte der Kapitalismus wieder zu seinen Ursprüngen zurückkehren und die selbst auferlegten Fesseln der sozialen Rücksichtnahmen wieder ablegen. Im Vergleich zum rücksichtslosen Manchester-Kapitalismus des 19. Jahrhunderts entwickelte er sich sogar noch weiter zu einer ganz neuen Qualität. Er ging mit der im Wettbewerb der Systeme übriggebliebenen Weltmacht USA eine Symbiose ein: Die Imperialmacht USA benützte die Einflußmöglichkeiten des Finanzkapitals, um ihr Imperium auszuweiten und zu festigen, und die Wirtschaftsbesitzer konnten ihrerseits die durch das Imperium erschlossenen neuen Märkte zu weiterer Machtentfaltung und Gewinnsteigerungen nutzen. Eine neue Epoche hatte begonnen, der Globalkapitalismus war geboren.

Er bereichert einseitig die vermögenden internationalen Finanz- und Kapitalspekulanten, die weltweit die nationalen Ressourcen (Energievorräte) ausbeuten und er setzt sie in stand, weltweit nationales Produktivvermögen nahezu nach Belieben aufzukaufen. Das Finanzkapital kann heute Renditen einstreichen, wie sie die Welt bisher nicht gekannt hatte. Das geschieht ohne Rücksichtnahme auf nationale und gewachsene Wirtschaftsstrukturen. Sie werden plattgewalzt und die heimischen Unternehmer wurden animiert, an der weltweiten Hatz nach steigenden Renditen teilzunehmen. In den alten Industrieländern wurde auf diese Art und Weise ein Millionenheer von Arbeitslosen erzeugt, das stetig weiter ansteigt und das die herkömmlichen Sozialsysteme zusammenbrechen läßt.

Die Politik hat der Globalisierung die Bahnen geöffnet. Den Menschen wird weisgemacht, daß die Globalisierung sie alle am Ende reicher machen werde. Die Heerschar der wohl dotierten Lehrstuhlökonomen leiert gebetsmühlenartig als Beweis für diese Behauptung das Gesetz der komparativen Kosten herunter, das David Ricardo vor 200 Jahren einmal formuliert hatte. Doch dessen ausdrückliche Annahmen gelten nicht mehr in unserer Zeit. Man müsse nur die notwendigen Reformen in Gang bringen, sagen die Herren Ökonomen, dann werde es uns allen bald wieder besser gehen. Einigen wenigen geht es heute in der Tat schon besser. Den vermögenden Kapitaleignern, den Managern, den Finanz- und Anlagespekulanten. Die Renditen und Gewinne steigen wie noch nie zuvor. Wer sein Einkommen überwiegend aus Arbeit erzielt, das ist die Masse des Volkes, hat nichts davon. Seit über 15 Jahren müssen wir Einkommenseinbußen hinnehmen.

Was stimmt hier nicht?

2 Mit dem Gesetz der komparativen Kosten kann man die Globalisierung nicht rechtfertigen

Zur Rechtfertigung der Globalisierung und ihrer angeblichen Vorteile wird von der Schar der „willigen Ökonomen“, wie gesagt, das Gesetz der komparativen Kosten herangezo-

gen. David Ricardo, der große englische Nationalökonom, hatte im Jahr 1817 in einer modellhaften Theorie nachgewiesen, daß der relative Kostenvorteil, den ein Land gegenüber einem anderen Land besitzt, für beide Länder auch dann über eine Spezialisierung und einen Handelsaustausch Vorteile bringt, wenn eines der beiden Länder beide Güter billiger produzieren könnte. So verblüffend diese Aussage für den ersten Moment auch sein mag, so handelt es sich doch um eine recht banale Erkenntnis aus einem Zahlenmodell, das für das reale Wirtschaftsleben nur dann Geltung hat, wenn auch dort die Annahmen vorhanden sind, die dem Modell zugrunde liegen. Nachfolgendes kleines Zahlenbeispiel wird dies verdeutlichen.

Wenn im Land I die Herstellung von Gut A einen Arbeitstag und von Gut B 2 Arbeitstage erfordert, während im Land II drei und vier Tage notwendig sind, dann ist es für jedes Land vorteilhaft, sich auf das jeweils relativ günstigere Gut zu konzentrieren und die Güter im freien Handel bei freier Preisbildung auszutauschen. Im Beispiel wird also Land I das Gut A herstellen und Land II wird sich auf Gut B spezialisieren. Gut A wird für Land II billiger und der Käufer in Land I müßte dann nur noch $\frac{4}{3}$ A für B ausgeben, denn $\frac{4}{3}$ B ist ja der Preis in Land II. Bei Eigenproduktion hätte der Käufer in Land I doppelt so viel ($2A$) auszugeben. Die Käufer in Land II würden für Gut A sowieso weniger ausgeben müssen, weil das ja in Land I ohnehin günstiger produziert werden kann.

Die Geltung der Theorie der komparativen Kosten für das reale Wirtschaftsleben wurde seit jeher bestritten¹. Das hat ihre dogmatischen Verfechter aber bis heute nicht davon abgehalten, sie zur Rechtfertigung konkreter handelspolitischer Maßnahmen heranzuziehen. Die wichtigsten Kritikpunkte an diesem angeblichen Gesetz sind im Folgenden zusammengefaßt:

Die Theorie der komparativen Kosten geht von einem konstanten, statischen Kostenverhältnis von Preisen und Löhnen aus. Das Verhältnis der Produktionskosten und Preise ist im realen Wirtschaftsleben aber nicht statisch, es verändert sich ständig. Wenn die Unternehmungen in den einzelnen Ländern ihre Produktionskapazitäten an dem heutigen Stand der Kostenrelation ausrichten, so können technische Neuerungen, die Entdeckung neuer Rohstoffvorkommen und die Entwicklung neuer Produktionsverfahren diese Relationen in kürzester Zeit auf den Kopf stellen. Dann müßten die teureren Anlagen wieder abgerissen und im jeweils anderen (relativ kostengünstigeren) Land neu aufgebaut werden.

Zahlungsbilanzschwierigkeiten jedes einzelnen Handelspartners können den Austausch zeitweilig erschweren oder unmöglich machen. Und Zahlungsbilanzprobleme sind keine Seltenheit in unserer Zeit. Entwicklungs- und Schwellenländer leiden darunter. Die unter US-Kuratel stehenden Institutionen IWF und Weltbank verdienen prächtig daran.

Wesentliche Voraussetzung des Modells der komparativen Kosten ist ferner die Vollbeschäftigung in allen Ländern. Die Möglichkeit einer chronischen Arbeitslosigkeit ist in dem Modell Ricardos überhaupt nicht vorgesehen, denn nach der Lehre der klassischen (liberalen) Ökonomie war ein Zustandekommen einer großen und lang anhaltenden Arbeitslosigkeit in einer Marktwirtschaft unmöglich. Paul A. Samuelson, der berühmte Nobelpreisträger, hatte schon 1964 zugegeben, daß die Weltwirtschaftskrise der 1930iger Jahre die praktische Bedeutungslosigkeit des Gesetzes der komparativen Kosten bewiesen hatte. Da er jedoch der Ansicht war, daß die in den 1950iger Jahren entwickelten Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik in Zukunft eine große und langanhaltende Arbeits-

¹ Vgl. z.B. Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre II, Köln 1964, S. 358.

losigkeit unmöglich machen würden – so optimistisch war man damals in der Nach-Keynes-Ära – glaubte er, daß das Gesetz der komparativen Kosten seine volkswirtschaftliche Bedeutung wieder gewinnen könne. Die weltweite Arbeitslosigkeit in unserer Zeit hat ihn mittlerweile eines Besseren belehrt. Auch Nobelpreisträger können sich gelegentlich irren. Jedenfalls erregte er im Herbst 2004 mächtiges Aufsehen, als er in einem Fachaufsatz den angeblichen Vorteil der USA aus dem Handel mit China und die Geltung des Gesetzes der komparativen Kosten bestritt. Die Nachteile seien insbesondere dann handgreiflich, „wenn zugleich die Einkommen gering qualifizierter Arbeiter durch die ausländische Konkurrenz fallen“ (Vgl. FAZ vom 21.9.2004, Nr. 220 / Seite 12). Noch viel offensichtlicher wird der Schaden durch Billigimporte, wenn dadurch – wie in Deutschland – die Menschen arbeitslos werden. Das Phänomen der Arbeitslosigkeit ist heute erneut und weltweit wieder zur Geißel aller Volkswirtschaften geworden, sie wird gerade durch die Globalisierung verursacht.

Würde eine Steigerung des Sozialproduktes nach dem Gesetz der komparativen Kosten trotzdem möglich sein, würde diese Steigerung noch lange nichts über die Verteilung des Sozialproduktes aussagen. Wenn also die Nutznießer des gestiegenen Sozialproduktes nur einige wenige wären, während die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung (Arbeiter, Rentner, Arbeitslose) weniger bekämen, so wäre dies sicherlich kein erstrebenswertes politisches Ziel.

Auch die relative Unabhängigkeit (Autarkie) oder die Sicherheit, z.B. einer eigenen landwirtschaftlichen Produktion oder einer eigenen Energieversorgung kann im Vergleich zu einem momentan etwas höheren Lebensstandard für ein Volk oder eine Gemeinschaft ein Wert sein, den man sich bereitwillig etwas kosten läßt.

Völlig unbekannt war einem David Ricardo der weltweit freie Kapitalmarkt, wie ihn die USA zum Zwecke der globalen Marktbeherrschung erzwungen haben. Er lockt das Kapital in jedem Fall dorthin, wo die Renditen momentan am höchsten sind und nicht dorthin, wo die Kosten vergleichsweise (relativ) niedrig sind. Und die Renditen sind dort auf jeden Fall höher, wo die absoluten Kosten niedriger sind. Also würde es auch aus dem Land mit den relativ niedrigeren Kosten in jedem Fall abwandern.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die Theorie der komparativen Kosten eine nette, abstrakte und in sich logische Konstruktion mit modellhaftem Charakter ist. Für die Erklärung der realen Welt des 20. und 21. Jahrhunderts ist sie völlig untauglich! Wer zur Rechtfertigung der Globalisierung das Gesetz der komparativen Kosten heranzieht, ignoriert die Faktenlage oder hat den eingeschränkten Aussagewert dieses sogenannten Gesetzes nie begriffen.

3 Im Vorfeld der Globalisierung: Die groben Fehler in der deutschen Wirtschaftspolitik

Es gibt keine Zweifel, daß die Globalisierung die alten Industrienationen in eine schwere Strukturkrise gestürzt hat. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ein augenfälliger Beweis. Deutschland und seine Wirtschaft sind besonders hart betroffen. Das hat seine Vorgeschichte. Nach dem gelungenen Wiederaufbau von Industrie und Wirtschaft in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten leistete sich die deutsche Wirtschaftspolitik eine Reihe grober Fehler, die den heutigen Niedergang vorbereiteten:

Man begnügte sich nicht mit der Überwindung der Arbeitslosigkeit nach dem Krieg. Als die Vollbeschäftigung erreicht war, wollte man noch mehr. Das ging aber nur mit zusätzlichen Arbeitskräften. Die mußte man im Ausland anheuern. Das geschah dann in Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und schließlich auch in der Türkei. Amtsärzte wurden in

diese Länder geschickt und rekrutierten das Personal. Man nannte sie Gastarbeiter. Doch die Gäste sind geblieben. Jetzt schon in der dritten Generation. Die wenigsten haben sich integriert. Die meisten wollen das gar nicht. Schließlich hat man ihnen ja weisgemacht, das brauche es nicht in einer künftigen und anzustrebenden multikulturellen Gesellschaft. Mit den zusätzlichen Arbeitskräften konnten Produktion und Gewinne nochmals gesteigert werden, über die Vollbeschäftigung hinaus. Die zusätzlichen Produkte gingen überwiegend in den Export. Die Zeit der Exportüberschüsse begann, sie ist bis heute nicht zu Ende gegangen. Inflation (importierte Inflation) war damals die Folge, denn die exportierten Güter, die im Ausland konsumiert und investiert werden konnten, standen im Inland nicht mehr zur Verfügung. Aber der monetäre Gegenwert aus den Exportüberschüssen führte zu einer Steigerung der Inlandsnachfrage mit den entsprechenden Preissteigerungen.

Gleichzeitig bildeten sich durch die übermäßigen Exporte Monostrukturen in der Wirtschaft heraus, die eine ansteigende Exportabhängigkeit und eine erhöhte Krisenanfälligkeit zur Folge hatten. Das sei am konkreten Beispiel veranschaulicht: Wenn die Amerikaner weniger deutsche Autos nachfragen, dann haben wir ein Problem. Diese Abhängigkeit wurde als gewünschte Verflechtung mit der Weltwirtschaft sogar gepriesen, weil sie allen Beteiligten angeblich nur Vorteile brächte.

Die Preissteigerungen und die hohen Gewinne einer überbeschäftigten Wirtschaft haben alsbald auch die Begehrlichkeiten der Lohn- und Gehaltsempfänger geweckt, deren vorgebliche Interessenvertreter in den Gewerkschaften den gerechten Anteil am steigenden Volkseinkommen verlangten. Heiße Verteilungskämpfe entbrannten. Lohnsteigerungen, die weit über die Produktivitätssteigerung hinausgingen, wurden durchgesetzt. Um die daraus zwangsweise entstehende Arbeitslosigkeit zu vermeiden, mußte die Überwälzung der Lohnsteigerung auf die Preise ermöglicht werden. Dazu mußte die Nachfrage gesteigert werden. Es begann die verhängnisvolle Phase der Staatsausgabensteigerungen über Staatsschulden und eine überproportionale Erhöhung der Geldmenge. Die daraus folgende Preissteigerung verlangte eine weitere und noch höhere Lohnerhöhung. Das Schlagwort von der Lohn-/Preisspirale war in aller Munde. Es war die Zeit der Regierungen von Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Heute macht man ihnen den Vorwurf, sie hätten eine Keynesische Vollbeschäftigungspolitik betrieben und die sei halt falsch gewesen. Doch damit tut man John Maynard Keynes² sehr unrecht. Der hatte zwar zur Überwindung der großen Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930iger Jahre eine Staatsausgabensteigerung durch Staatsverschuldung gefordert, doch er verlangte eine einmalige Staatsausgabensteigerung und nicht eine permanente, über Jahre andauernde Steigerung der Staatsverschuldung. Diese wurde aber mit Beginn der 1970iger Jahre in die Wege geleitet, weil man glaubte, damit das Gespenst der Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. Das hatte man jedoch selbst zum Leben erweckt, als man dem ungezügelten Verteilungskampf freie Bahn ließ. „Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit“ orakelte damals der Kanzler Helmut Schmidt. Doch die Wirkung war fatal. Sie war die gleiche wie bei einem Medikament, einem Antibiotikum z.B., das für die Behandlung des akuten Krankheitsfalles gedacht ist. Wenn man es auf Dauer einnimmt, richtet man mehr Schaden als Nutzen an. So verhielt es sich auch mit der verordneten Therapie der permanenten Staatsausgabensteigerung mittels Staatsverschuldung. Sie konnte nur vorübergehende Linderung verschaffen. In Wirklichkeit wurde sogar das Gegenteil erreicht. Der Körper, in diesem Fall die Volkswirtschaft, wurde resistent. Durch den permanenten Nachfrageüberhang, der mittels Staatsverschuldung und

² The General Theory of Employment, Interest and Money, England, 1936.

Staatsausgabensteigerung erzeugt wurde, konnten sich in den auf solche Weise quasi permanent subventionierten Unternehmungen und Branchen Unwirtschaftlichkeiten herausbilden und verfestigen. Es wurde eine verdeckte Arbeitslosigkeit erzeugt, die irgendwann einmal offen ausbrechen mußte. Der nächstbeste Windstoß war geeignet, das morbide Gebäude der deutschen Wirtschaft zum Einsturz zu bringen.

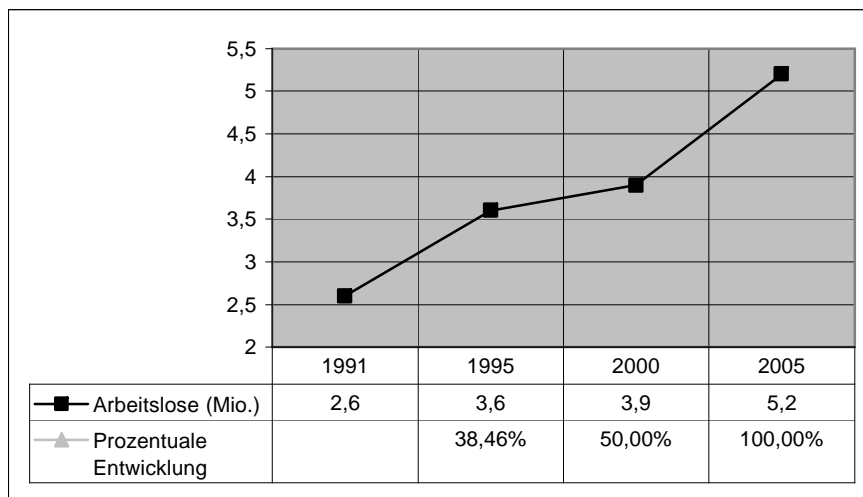
Dieser Windstoß kam mit der seit 1989 einsetzenden weltweiten Phase der Globalisierung. Sie deckte die begangenen Fehler schonungslos auf. Die Globalisierung ist jedoch weit mehr als eine Böe, die Schwachstellen und Bruchstellen aufdeckte, sie ist ein lebensbedrohender Orkan, dessen Eigendynamik weltweit unermeßliche Schäden und Verwüstungen anrichtet.

4 Die Schneise der globalen Vernichtung

Die Globalisierung hat, seit sie in Gang gekommen ist, den Volkswirtschaften in der Welt schwere Schäden zugefügt. Gleichzeitig hat sie ihre Initiatoren reich und mächtig gemacht. Deshalb ist es kein Wunder, daß sie die Parole verbreiten, die Globalisierung sei ein naturgesetzlich notwendiger Fortschritt, der allen Menschen materielle Vorteile brächte. Doch die Fakten sprechen eine andere Sprache. Sie sollen hier in einer groben Skizze aufgezeigt werden. Die Materialien, die den wirtschaftlichen Niedergang infolge der Globalisierung belegen, sind weit umfangreicher als nachfolgend dargestellt. Trotzdem sollten sie ausreichen, die verlogenen Lobgesänge der Globalisierungsprediger zu erkennen.

4.1 Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit 1991 verdoppelt

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich in Deutschland in den Jahren von 1991 bis 2005 verdoppelt.³



4.2 Trotz Arbeitslosigkeit und Stagnation werden Rekordgewinne erzielt

Allein im Wirtschaftsjahr 2003-2004 haben sich die Gewinne der Dax-30-Unternehmen: BASF, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, MAN, Siemens, Thyssen-Krupp im Durchschnitt verdoppelt:

³ Der Spiegel Nr. 17, 2005, Seite 81

Unternehmen	Gewinn		Gewinn- Steigerung
	2003	2004	
BASF	977	2.014	106%
Deutsche Bank	1.365	2.472	81%
Deutsche Telekom	1.253	4.364	248%
MAN	235	323	37%
Siemens	2.445	3.405	39%
Thyssen - Krupp	552	904	64%
Summe	6.827	13.482	
Durchschnitt	97,48%		4

Im Geschäftsjahr 2005 betrug die durchschnittliche Gewinnsteigerung der Dax-30-Unternehmen erneut über 60%.

4.3 Die Vorstandsgehälter wachsen trotz zunehmender Arbeitslosigkeit in bisher nicht vorstellbare Höhen

Die Vorstandsbezüge in den Deutschen Aktiengesellschaften haben sich von 1997 bis 2003 um 88% erhöht, während die Löhne und Gehälter im Durchschnitt um 2,7% gestiegen sind⁵, was infolge der gleichzeitigen höheren Preissteigerungen trotzdem zu realen Einkommensverlusten geführt hat.

4.4 Arbeitsplatzstreichungen und Standortverlagerungen ins Ausland trotz hoher Renditen

Es vergeht kein Tag, an dem die Medien nicht darüber berichten. Drei Beispiele mögen an dieser Stelle genügen, die Entwicklung zu veranschaulichen:

Die Deutsche Bank hat ihre Eigenkapitalrendite im Jahr 2005 auf 25% gesteigert und gleichzeitig die Streichung von 6.400 Arbeitsplätzen angekündigt. Im 1. Quartal 2006 hat die Deutsche Bank ihre Eigenkapitalrendite sogar auf 40 Prozent erhöht.

Die schwedischen Eigner des AEG-Werkes in Nürnberg, Elektrolux, stellen die Produktion ein und verlegen die Arbeitsplätze nach Polen, weil dort momentan weit höhere Renditen erzielbar sind wegen der geringeren Personal- und Sozialkosten und wegen der niedrigeren Steuern.

Die Hypo-Vereinsbank hatte seit dem Jahr 2001 bereits 8.000 Stellen gestrichen. Im April 2005 kündete sie die Streichung weiterer 2.400 Arbeitsplätze an. Somit hat sie 30% ihrer ursprünglich 34.300 Arbeitsplätze eliminiert. Trotz dieser Restrukturierungen wurde die HVB im Sommer 2005 von einer verantwortungslosen Managerriege unter Anführung von Dieter Rampl an die italienische Unicredit weiterverkauft. Seitdem erwirtschaftet sie kurioserweise beträchtliche Gewinne. In den ersten drei Monaten 2006 stieg der Überschuß um 94 Prozent auf 651 Millionen Euro. Das Betriebsergebnis verbesserte sich um 85 Prozent auf 976 Millionen Euro.

4.5 Aufkäufe deutscher Unternehmen durch ausländische Renditejäger

Nach der Zerschlagung des Höchst-Konzerns im Jahr 1999, dessen Pharmasparte letztendlich nach Frankreich überführt wurde und nach der Übernahme und Zerstückelung

⁴ Der Spiegel, 2005, Nr. 17, Seite 88

⁵ Ebenda, Seite 84

der Mannesmann-AG durch Vodafone im Jahr 2000 war es im vergangenen Jahr wieder einmal zu einem spektakulären Raubzug des internationalen Kapitals in Deutschland gekommen: Die italienische Unicredito kaufte die Hypo-Vereinsbank (HVB), Deutschlands zweitgrößte Bank auf. Für runde 16 Mrd. Euro, mit eigenen Aktien, unter Zustimmung der Mehrheit des HVB-Vorstandes und mit wohlwollender Duldung durch die Bayerische Landesregierung.

Besonders hervorzuheben haben sich die auf den Unternehmenskauf spezialisierten Hedge Fonds und Private Equity Spekulanten. Ihr einziger Unternehmungszweck ist der Kauf von Unternehmungen, ihre Ausschlichtung, genannt Restrukturierung, und der anschließende Weiterverkauf. Einer der größten dieser Verteilger von Arbeitsplätzen und Räuber volkswirtschaftlichen Produktivkapitals ist die Firma KKR (Kohlberg Kravis Roberts & Co). Sie erzielte aus dem Kauf der MTU-Motorenwerke München und ihrem Wiederverkauf nach knapp 2 Jahren eine Rendite von satten 400%!

Jetzt geraten auch die deutschen Mittelstandsunternehmen immer mehr in das Visier der internationalen Kapitalhaie. Nicht nur marode, auch kerngesunde Unternehmen. Das geschieht unter aktiver Mithilfe deutscher Banken. Die verkaufen ihre, den Mittelständlern gewährten Firmenkredite an jene Heuschrecken, die dann zur Rückzahlung drängeln und eine Firmenbeteiligung erzwingen, mit dem Endziel der Gesamtübernahme. Die weiteren Folgen sind immer die gleichen: Kosten senken, filetieren, Arbeitsplätze streichen und Rendite steigern. Danach wird das Beuteobjekt an den nächsten zahlungskräftigen Finanzspekulanten weitergereicht.⁶ Insgesamt sollen es bis zu 15 000 deutsche Unternehmen sein, für die sich internationale Firmenaufkäufer interessieren, sagte ein Kreditberater, der sich auf diese Geschäfte spezialisiert hat.⁷ Zur Zeit (Frühjahr 2006) werden rund 100 Firmenkredite im Wert von mehreren Milliarden Euro von deutschen Banken zum Kauf angeboten. Jüngstes Opfer wurde die Firma Märklin, die auf diese Art und Weise – unter dem Beifall der neoliberalen Presse⁸ – in das Eigentum des britischen Finanzinvestors Kingsbridge überführt wurde. Die deutschen Hausbanken, es waren die DZ-Bank und die Volksbank Göppingen, hatten zuvor ihre Forderungen an die Firma Märklin in Höhe von 10 Millionen Euro an die Investmentbank Goldman-Sachs verkauft.

4.6 Aufkäufe ausländischer Firmen durch deutsche Unternehmen

Auch deutsche Unternehmen versuchen sich am Spiel der Global Player zu beteiligen: DaimlerChrysler, BMW, Telekom, Post, Deutsche Bahn, Eon, RWE, Adidas seien hier genannt. Die ehemaligen Versorgungsunternehmen haben über Jahre und Jahrzehnte hinweg im Inland Monopolgewinne abkassiert und jetzt versuchen sie, mit diesen Geldern im Ausland noch höhere Renditen als bisher zu erzielen. Im Inland vernachlässigen sie ihre ureigensten und ursprünglichen Versorgungsaufgaben und die Versorgungssicherheit (siehe Schneebrüche im Münsterland), streichen Arbeitsplätze zu Tausenden und investieren statt dessen im Ausland, weil sie und ihre mittlerweile internationalen Kapitaleigner sich dort höhere Renditen erhoffen. Und dabei haben sie schon dreistellige Millionenbeträge in den Sand gesetzt. Die Deutsche Post mit dem aufgekauften Paket-Dienst in USA, RWE mit dem Kauf von Wasserwerken in USA, Kanada und England,

⁶ Auf diese Weise existentiell bedrohte deutsche Mittelstandsunternehmen sind zur Zeit (Frühjahr 2006): Senator Entertainment, Rinol, Märklin, Kunert, Ihr Platz, TWB Presswerk GmbH, berichtet Der Spiegel Nr. 14, 2006, Seite 84 ff.

⁷ Brun-Hagen Hennerkes, in Der Spiegel, a.a.O., Seite 85

⁸ Vgl. FAZ vom 11.5.2006, Seite 18

BMW mit Rover in England, Daimler mit dem Zukauf des Sanierungsfalles Chrysler in USA und dem mißglückten Mitsubishi-Engagement in Japan. Zur Zeit will Eon 29 Mrd. Euro für den Kauf des spanischen Energieversorgers Endesa ausgeben.

4.7 Der Griff der internationalen FinanzspekulantInnen nach deutschem Grund und Boden

Ausländische Investoren haben in den vergangenen drei Jahren für 25 Milliarden Euro annähernd 600.000 Wohnungen übernommen. Der letzte spektakuläre Aufkauf dieser Art geschah im Februar 2005 in Dresden. Die Stadt verkaufte Wohn- und Gewerbeimmobilien im Wert von insgesamt 1,7 Mrd. Euro an den Finanzinvestor „Fortress“, also jene Gattung von Unternehmen, die Franz Müntefering als Heuschrecken bezeichnete, als er noch SPD-Parteivorsitzender war. Bezeichnenderweise hat die PDS-Fraktion im Dresdner Stadtrat dem Transfer zugestimmt. Der erste große „Deal“ dieser Art war im Jahr 2001 über die Bühne gegangen, als die Immobilien einiger regionaler Eisenbahngesellschaften (also ehemaliger Staatsbesitz) mit insgesamt 64.000 Wohnungen für 2,1 Mrd. Euro an den britischen Finanzinvestor „Guy Hands“ verkauft wurden. Seitdem haben immer mehr ausländische Finanzinvestoren im großen Stil deutsche Wohnungsgesellschaften von Konzernen oder klammen Kommunen übernommen. Für eine Mega-Transaktion dieser Art hatte der Energiemonopolist und ehemalige Staatsbetrieb Eon gesorgt, als er seine Wohnimmobilien im Wert von 7 Mrd. Euro an den bereits genannten britischen FinanzspekulantInnen „Guy Hands“ abgab.

Wie kommt es, daß internationale FinanzspekulantInnen für deutsche Immobilien, die von ihren alten Besitzern als relativ wertloser Ballast angesehen werden, solche horrenden Summen ausgeben? Sie setzen primär gar nicht so sehr auf Mietsteigerungen oder Subventionen aus staatlichen Sanierungsprogrammen, sie erwarten eine Anpassung der Immobilienpreise in Deutschland an die weit höheren Immobilienwerte in den USA, England und Spanien. So ist das in einer globalen Welt. Und mit ihrer eigenen spekulativ motivierten Nachfrage sorgen sie bereits für einen ersten Anschlag, denn bekanntlich erhöht steigende Nachfrage ja die Preise und gelegentlich auch die Preiserwartungen. Wenn auf solche Weise ein Spekulationsprozeß einmal in Gang gesetzt wurde, verstärkt er sich schnell von selbst. Schließlich sorgt ja ein globaler Markt für den weltweiten Ausgleich der Preise und Renditen.

4.8 Ausländische Kapitalanleger besitzen bereits über 50% Eigentum an den Dax-30-Unternehmen⁹

Über 50% des Eigenkapitals der deutschen Dax-30-Unternehmen ist heute bereits in ausländischer Hand. Darunter z.B.¹⁰

⁹ Die 30 größten Aktiengesellschaften in Deutschland

¹⁰ FAZ vom 29.11.2005

Firma	Auslandsanteil
Adidas	85%,
Allianz AG	47%,
Deutsche Börse	90%
Daimler Chrysler	49%
Commerzbank	52%,
Deutsche Bank	51%,
Eon	54%,
Siemens	56%.

Die Zeiten, als deutsche Unternehmenseigentümer und Fabrikdirektoren es als eine selbstverständliche Aufgabe ansahen, nicht nur Gewinne und gute Renditen zu erzielen, sondern auch Arbeitsplätze und soziale Sicherheit für ihre Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten, sind gründlich weggetilgt worden. Die alten Werte gelten nicht mehr, sie wurden ersetzt durch die neuen Werte der westlichen Wertegemeinschaft. Der alte, auch fürsorgende, Fabrikant und Geschäftseigentümer wurde abgelöst von dem neuen Typus des rücksichtslosen Managers, dem alle Mittel recht sind, die Rendite zu steigern. Zusätzlich zu den unverschämt hohen Gehältern erhalten diese „Aufseher“ als Lockmittel und zur „Gewissensabtötung“ in der Regel noch eine erkleckliche Gewinnbeteiligung. Damit sie sich ja nicht „mit denen da unten“ solidarisieren. Und die Unternehmenseigentümer selbst sind internationale anonyme Anlagespekulanten, denen es egal ist, in welchem Land Arbeitsplätze vernichtet werden und Arbeitslose in so großer Zahl entstehen, daß sie nicht mehr angemessen versorgt werden können. Diese Spezies von moderner Elite ist international, sie fühlt sich weder ihrer Herkunft noch der Lebensgemeinschaft, aus der sie stammen, verpflichtet. Sie kennen nur eine Handlungsmaxime: den höheren Profit, ganz gleich, wo er erzielt wird.

5 Deutschlands Sonderrolle im Globalisierungsprozeß

Deutschland hat im Globalisierungsprozeß eine Sonderrolle. Sie ist die Folge der beiden Weltkriege, die Deutschland allein angezettelt haben soll, verbunden mit den Vorwürfen von Kriegsverbrechen und Völkermord, die ebenfalls nur von Deutschen begangen worden sein sollen. Die Eliten in Deutschland, treffender Statthalter, haben diese Rolle verinnerlicht. Auf ihr basiert die ökonomische Ausbeutung Deutschlands nach dem Wiederaufbau seiner Wirtschaft. Deutsche Politiker getrauen sich nicht, die natürlichsten Rechte und Interessen ihres Volkes auf der Bühne internationaler Interessengegensätze wahrzunehmen. Wer als Deutscher an diesen „Grundfesten“ der Nachkriegspolitik zu rütteln wagt, wird eliminiert, zumindest gesellschaftlich und beruflich. Die Folgen sind unausbleiblich: Wer im ständigen Bewußtsein der angelasteten Schuld lebt, wem ständig eingebleut wird, daß die große Schuld zu seiner Identifikation gehört, sich täglich damit selbst geißelt, muß auf Dauer erkranken, neurotisch werden. Die Deutschen sind es, sie blicken in eine freudlose Zukunft. Die Folgen sind bitter:

Deutschland hat heute die niedrigste Geburtenrate der Welt.¹¹

Deutschland und Österreich haben in Europa den größten Anteil von Ausländern – mit Ausnahme Luxemburgs. Im Jahre 2001 betrug der Ausländeranteil in Deutschland 8,9%, in Österreich 9,1%. Die Arbeitslosenquote der Ausländer ist in beiden Ländern mehr als doppelt so groß als die der Inländer.

¹¹ FAZ, 30.3.2006, Nr. 76, Seite 12

Deutschland ist der größte Nettoeinzahler in die EU-Kassen. Deshalb fällt Deutschland, gemessen an seiner Wirtschaftskraft, in den EU-Ländern ständig zurück. Im Jahr 1995 hatte Deutschland noch einen Anteil von 34,9% am Gesamtsozialprodukt aller EU-Länder, heute beträgt dieser Anteil nur noch 28,2%. Diese Abnahme entspricht in etwa dem Anteil, den Holland an der EU-Wirtschaft hat. Die deutschen Nettoeinzahlungen in den EU-Haushalt steigen weiter, obwohl wir ständig ärmer werden. Deutschland finanziert seinen eigenen Niedergang! Zu diesem Zweck müssen Schulden aufgenommen werden, wofür Deutschland von der EU-Kommission danach mit einem sogenannten Defizitverfahren gerügt und bestraft werden soll. Die Bundeskanzlerin hält sich die von ihr initiierten zusätzlichen Zahlungen in Höhe von 2 Mrd. Euro als diplomatisches Meisterstück zu gute, das den inneren Frieden der EU gerade noch einmal gerettet hat.

Eine derartige Entwicklung hätte sich Henry Morgenthau (1891–1967), US-Finanzminister unter F.D. Roosevelt von 1934 bis 1945, nicht träumen lassen. Seine Pläne zur Denaturierung Deutschlands werden jetzt also doch noch Realität. Nach so langen Jahren. Alles ohne sein Zutun! In Deutschland fanden sich von Anfang an ausreichend Helfershelfer aus Politik, Wirtschaft und dem Kulturleben, das Werk Morgenthaus in eigener Regie zu betreiben. Jetzt ist das Ende abzusehen. Die deutsche Wirtschaft bricht zusammen, die Deutschen sterben aus, sie werden von Zuwanderern aus fremden Ländern und fremden Erdteilen überlagert und zur Minderheit im eigenen Land.

Damit die Deutschen diesen Niedergang nicht wahrnehmen, entfachen die Verantwortlichen von Zeit zu Zeit Medienkampagnen, wie „Du bist Deutschland“. Nach der Methode der Autosuggestion sollen sich alle einreden: uns geht's doch gut! Und es finden sich wirklich noch einige aus dem Lager der Konsum- und Spaßbürger, die das glauben und nachplappern.

Alle Rechte beim Verfasser

© www.hpatzak.de

Erstveröffentlichung: 02.06.2006

Wiederveröffentlicht: 13.12.2007